No. 427. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Freitag, 11. September 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sorauerstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 38, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Dänische Sorgen.

Aus **Kopenhagen** wird uns von einem Freunde unseres Blattes zu der Affäre Alberti unterm 9. d. M. geschrieben:

Das kleine nordische Königreich hat eine Sensation, um die es die romanischen Staaten beneiden können. Vor den Redaktionen der hauptstädtischen Zeitungen drängen sich neugierige und aufgeregte Menschenmassen und die Blätter werden den Straßenverkäufern buchstäblich aus der Hand gerissen. Der Name Alberti ist in aller Munde und das Bild dieser gefallenen Größe wird an allen Ecken ausgestellt.

Bis vor zwei Monaten war der Mann Justizminister; vor wenigen Tagen hatte er, der bei seinem Abgang mit dem Titel Geheimer Konferenzrat und dem Prädikat Exzellenz geschmückt worden war, an festlicher Tafel seinen Platz noch neben dem König, — gestern stellte er sich der Polizei und bezichtigte sich selbst des Millionenbetrugs, (die Angaben schwanken zwischen 9 und 18 Millionen Kronen) und es ergibt sich, daß diese Unterschlagungen seit 14 Jahren verübt sind.

Ein harter Schlag für die regierende Partei, die sogenannten Reformer der Linken, der Alberti angehörte; um so härter, als sie, gerade was Personalien angeht, in der letzten Zeit sehr unerfreuliche Erfahrungen hat machen müssen. Zwei Männer, die auf Veranlassung des Kabinetts vom König auf Lebenszeit in das Oberhaus berufen worden waren, entpuppten sich als recht dunkle Existenzen: Der eine, ein Advokat, wurde seiner bedenklichen Praktiken wegen verurteilt und mußte auf seinen Platz in der ersten Kammer verzichten; der andere, ein Geistlicher, konnte seinen Sitz gar nicht erst einnehmen, da er sittlicher Verfehlungen überführt wurde. Das schlimmste aber ist, daß Alberti schon lange als sehr verdächtig galt.

Von seiten der politischen Gegner, von der radikalen bürgerlichen Linken, den Sozialdemokraten, auch von der Rechten ist mehr oder weniger deutlich auf seine zweifelhaften Geschäfte hingewiesen worden, aber man hat ihn gehalten: aus Parteirücksichten.

Nicht als ob seine Ministerkollegen um seine Betrügereien gewußt hätten. Sie verschlossen nur ihre Augen und Ohren mehr als es gut war. Sie sahen in den Angreifern zu sehr die politischen Gegner, die sich von unedlen Motiven leiten ließen. Vielleicht haben sie in letzter Zeit auch etwas geahnt. Die Gesundheitsrücksichten, die Alberti bei seiner Demission vorschützte, sind ihm wohl suggeriert worden, aber das Kabinett hätte verhindern müssen, daß dem Scheidenden die höchsten Ehren erwiesen wurden. Die linke Reformpartei mußte doppelt und dreifach vorsichtig sein, da aus ihrer Mitte zuerst ein parlamentarisches Ministerium gebildet worden ist.

Erst vor wenigen Jahren hat sie es nach heftigen Kämpfen dahin gebracht, daß in Dänemark das parlamentarische System zur Herrschaft gelangte und sie als die stärkste Partei in der Volksvertretung die Männer für die Regierung präsentierte. Und nun ist dieselbe Gruppe, die das Rechtenministerium, als es den Majoritätsverhältnissen zum Trotz die Geschäfte führte, aufs heftigste angriff, so schwer kompromittiert.

Kein Wunder, daß die Konservativen die Situation benutzen und das System für die Sünden eines einzelnen und die Nachlässigkeit einiger weniger verantwortlich machen. Zu Unrecht natürlich, denn nicht nur der Absolutismus kennt die Korruption, sie ist auch dem Bureaukratismus nicht fremd, wenn sie dort auch vielfach andere Gestalten annehmen mag — aber schließlich empfinden doch alle Anhänger der Demokratie und des Parlamentarismus in Dänemark die Affäre Alberti als einen Schlag, und ich sprach mit führenden Männern anderer Parteigruppen, bei denen wahrhaftig nicht die Schadenfreude die vorwiegende Empfindung war. Die Sozialdemokratie, die noch am gestrigen Abend eine Volksversammlung veranstaltete, ist vielleicht noch am ehesten geneigt, über die „bürgerliche" Verderblichkeit zu triumphieren, aber auch bei ihr macht sich die Erwägung geltend, daß Vorkommnisse wie dieses der verfassungsrechtlichen Reaktion Wasser auf die Mühle führen.

Jedenfalls wird die Regierung alles tun müssen, was in ihren Kräften steht, um die Scharte auszuwetzen und dazu wird es notwendig sein, den gegenwärtigen Premier zur Demission zu veranlassen. Er ist keineswegs direkt mitschuldig, aber ihn trifft doch die Verantwortung am meisten. Die Frage wird dann aber die sein, ob das Kabinett sich noch längere Zeit halten kann. Es verfügt über eine gute Mehrheit, aber im kommenden Frühjahr finden Neuwahlen statt, bei denen der Fall Alberti zweifellos eine Rolle spielen wird. Ein geschicktes Operieren der Gegner kann der linken Reformpartei auch dort, wo sie ihre Stütze hat, bei den Bauern, starken Abbruch tun. Rechts stehen die Freikonservativen und Konservativen, links die Radikalen, deren politische Haltung ungefähr der der Barthschen Gruppe in Deutschland entspricht, und die zurzeit über zehn Mandate von 114 verfügen. Viel wird darauf ankommen, wie sich die kleineren Landwirte, um deren Gunst sich Klerikale und Sozialdemokraten nicht ohne Erfolg bemühen, stellen.

Diese Wahlen aber sind auch für das Ausland nicht ohne Interesse. Im Mittelpunkt der politischen Diskussion hierzulande steht die Landesverteidigungsfrage, insonderheit soweit sie sich auf die Befestigung Kopenhagens erstreckt. Die Entscheidung in diesem Punkte hängt zum guten Teil von dem Ausfall der nächsten Wahlen ab. Sie interessiert das Ausland insofern, als in die Erörterung der deutsch-englische Gegensatz oder sagen wir lieber, das Gerede vom deutsch-englischen Gegensatz, hineinspielt. Die gegenwärtige Regierung, die übrigens das Zeugnis ausgestellt werden muß, daß sie eine vernünftige und ruhige auswärtige Politik treibt, hat ein Projekt ausgearbeitet, wonach die Seebefestigungen der Hauptstadt verstärkt und die Landbefestigungen dafür verringert werden sollen. Dieser Vorschlag erregt die Militaristen und diejenigen Elemente, die die Zukunft Dänemarks durch ein enges Zusammengehen mit England sichern wollen, denn sie behaupten, daß seine Verwirklichung eine Bevorzugung des zu Lande mächtigen Deutschlands zu Ungunsten Großbritanniens bedeute. Die Radikalen andererseits wollen die Befestigungen der Hauptstadt völlig beseitigt wissen, weil sie nicht mit Unrecht annehmen, daß das geschützte Kopenhagen von Deutschland wie von England im Falle eines Krieges für einen zu wertvollen Stützpunkt gehalten werden würde, als daß nicht beide versuchen sollten, sich seiner zu bemächtigen.

So schlägt die hohe Politik, die Politik der Großmächte, auch im kleinen Dänemark ihre Wellen. Welche Auffassung schließlich die siegreiche bleibt, hängt nicht zum wenigsten davon ab, ob die eine der in Betracht kommenden Großmächte nicht endlich aufhören wird, vor der dänischen Ueberflutung Angst zu empfinden und gegen dänische Gesangvereine und Schützenklubs mit dem schwersten Geschütz vorzugehen.

Dr. R. B.

Schluß der Kaisermanöver.

Aus **Kurzel**, 10. September meldet der Telegraph: Die Kaisermanöver wurden heute mittag nach 1 Uhr etwa eine Stunde östlich von Kurzel **beendigt**. Nach dem Schluß hielt der **Kaiser** längere Kritik ab.

Ein weiteres Telegramm besagt: Die Manöver endeten mit dem **Rückzug der roten Partei** auf Bolchen. Die Kritik dauerte bis 1 Uhr 45 Minuten. Der Kaiser und Erzherzog Franz Ferdinand trafen um 3 Uhr 30 Min. auf Schloß Urville ein. Der Erzherzog begab sich nach gemeinsamer Mahlzeit und nach herzlicher Verabschiedung vom Kaiser mit Gefolge und dem Ehrendienst im Automobil nach Metz, von wo er mit der Bahn nach **Salzburg** geht.

Die Denunziantenkunststücke

des Organs für „freisinnige" Blockwindmüllereien, die wir schon mehrfach gekennzeichnet haben, haben jetzt Nachahmung gefunden in der **Zentrumspresse**. Jüngst hatte der zwar katholische, aber liberale Pfarrer **Grandinger** in Geroldsgrün eine Rede gehalten, die Herrn Pichler und seinen Getreuen nicht gefiel und deretwegen er nun folgendermaßen bei seinem Bischof denunziert wird: „Grandinger hat auch von der Organisation der Liberalen gesprochen und den Mitteln, sie bodenständig zu machen. Da stößt er schon wieder mit dem Ellbogen gegen das **Verbot seines Bischofs**, das ihm **untersagt**, als Reiseprediger des Liberalismus zu fungieren."

Genau so wurden von dem Berliner „Partei"-Blättchen der freisinnigen Volkspartei die **Beamten** denunziert, die sich bei der Landtagswahl nicht an der Niederstimmung der Sozialdemokratie beteiligt hatten. Sie sollten sich dadurch der Verletzung ihres Amtseides schuldig gemacht haben! Mit Recht empfindet jeder anständige Mensch einen tiefen Widerwillen gegen diese Art von politischer Terrorismusseuche.

Der neue „Dreyfus-Prozeß".

In **Paris** begannen gestern vor dem Seine-Gerichtshof die Verhandlungen gegen den Journalisten **Gregori**, der angeklagt ist, auf den Major **Dreyfus** am 4. Juni im Panthéon einen **Mordversuch** gemacht zu haben. Der Verhandlungssaal war dicht **gefüllt**. Major Dreyfus und sein Sohn waren anwesend. Der Anklagebeschluß stellt fest, daß das Vorhandensein der **mörderischen Absicht** sicher sei, und daß das Verbrechen mit Vorbedacht ausgeführt wurde.

Königin Wilhelmina.

Aus dem **Haag** wurde gestern nachmittag gemeldet: Nach Mitteilungen von maßgebender Stelle ist das Befinden der **Königin Wilhelmina** gut. Die Niederkunft wird ungefähr zum **April** erwartet. Der Hof wird seinen diesjährigen Aufenthalt auf Schloß Loo mindestens bis in den Oktober hinein verlängern. Die Rückkehr nach dem Haag ist noch nicht festgesetzt worden.

Ein gestern nachmittag 5 Uhr aus **Amsterdam** datiertes Telegramm berichtet: Hier waren heute nachmittag Gerüchte über eine **vorzeitige Entbindung** der Königin verbreitet. Es liegt jedoch hierfür keine glaubwürdige Bestätigung vor.

Eine nächtliche Arbeitslosendemonstration.

Aus **Glasgow**, 10. September, wird gemeldet: **3000 Arbeitslose** versammelten sich gestern um **Mitternacht** auf dem Georges Square, wo Reden gehalten wurden. Die Polizei schritt ein und zerstreute die Menge, die aufs neue einen Zug bildete, um nach den Stadtvierteln zu ziehen, in denen die wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung wohnen. Die Führer der Menge beabsichtigten eine Kundgebung vor dem Hause des Bürgermeisters. Als sie aber auf eine Viertelmeile herangekommen waren, erschien plötzlich berittene Polizei aus einem **Hinterhalt** und sprengte die Menge nach allen Seiten auseinander. Hierdurch entmutigt, zog die Schar nach der Stadt zurück, wo sie auseinandergetrieben wurde. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Polizeimannschaften machten **reichlichen Gebrauch von ihren Knütteln**, so daß viele Demonstranten am Kopf verletzt wurden.

Amnestie in Persien.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus **Teheran**: Aus Anlaß der in der vorigen Woche erfolgten **Geburt eines Sohnes** hat der Schah fast alle in Baghichah seit dem Staatsstreich festgehaltenen **politischen Gefangenen freigegeben** mit der Bedingung, Persien beziehungsweise Teheran binnen 20 Tagen zu verlassen. Der Schah ist wieder hergestellt.

Kopenhagen, 10. September. Nachdem das Ergebnis der vom Sparkasseninspektor vorgenommenen vorläufigen Untersuchung des Standes der **Seeländischen Bauernsparkasse** dem Ministerium übergeben worden ist, haben der Finanzminister und der Minister des Inneren heute über Möglichkeiten verhandelt, um die Folgen des eingetretenen Uebelstandes zu mildern. Das gesamte Defizit beträgt danach etwa **$10\frac{1}{4}$ Millionen Kronen**, wovon 1,900,000 Kronen durch die von Vertrauensmännern gezeichnete Garantiesumme gedeckt sind. Der Finanzminister verhandelte später mit den führenden Bankiers über die Lage.

Lissabon, 10. September. Der Ministerpräsident hatte heute mit den Parteiführern der Regeneradores und Progressisten eine Besprechung über die **politische Lage**. Allgemein stimmte man darin überein, daß es untunlich sei, in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kabinetts eine Aenderung eintreten zu lassen.

29. Deutscher Juristentag.

(Telegraphischer Bericht.)

Karlsruhe, 10. September.

Die **erste Abteilung** wählte zum Vorsitzenden den Geheimrat Dr. **Gierke** (Berlin) und zu dessen Stellvertreter Professor **Enneccerus** (Marburg). Sie beschäftigt sich mit Themen aus dem bürgerlichen Recht, und zwar mit Tarifverträgen, Eigentumsvorbehalt und Boykott. Die **zweite Abteilung**, die handelsrechtliche Aufgaben bearbeitet, wählte zum Vorsitzenden Justizrat **Friedberg** (Berlin) und Justizrat Dr. **Wildhagen** (Leipzig) zu seinem Stellvertreter. Die Abteilung begann ihre Beratungen mit der Frage der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Die **dritte Abteilung**, die sich den Fragen aus dem Strafrecht und Strafprozeß widmet, begann mit der Frage der Beibehaltung oder Abschaffung des Untersuchungsrichters und der Einschränkung des Legalitätsprinzipes. Die **vierte Abteilung** unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Fr. v. **Call** (Innsbruck) ging sofort an ihr Hauptthema, die Frage der Zivilprozeßreform, und erörterte das grundlegende Prinzip:

Einzelrichter oder Kollegialgericht?

Der erste Referent, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Vierhaus (Breslau) legte zu diesem Thema Thesen vor, auf Grund deren er zu folgenden Forderungen gelangt ist:

1. Erhebliche Ausdehnung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit nach Maßgabe des dem Reichstage vorliegenden Entwurfes einer Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Zivilprozeßordnung ist nicht empfehlenswert. Dagegen ist in Erwägung zu ziehen eine mäßige, der allgemeinen Preissteigerung Rechnung tragende Erweiterung der Wertgrenze für die amtsgerichtliche Zuständigkeit etwa bis 500 Mark. 2. Ausdehnung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit für gewisse Streitigkeiten ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes. 3. Vorverfahren beim Amtsgericht ohne Anwaltszwang in allen vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis zur Streiterhebung. 4. Streitverfahren bei Landgerichten mit Anwaltszwang, in den nicht zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden vermögensrechtlichen Streitigkeiten vor einem Einzelrichter als beauftragtem Richter und Entscheidung durch diesen unter Vorbehalt von Rechtsmitteln an das Kollegium.

Die erste Abteilung befaßte sich, wie schon erwähnt, mit dem Thema: „Empfiehlt sich

die gesetzliche Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrages

(insbesondere des Tarifvertrages) zwischen Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden einerseits und Arbeiterverbänden andererseits?" Nicht weniger als vier umfangreiche Gutachten, zwei von deutschen und zwei von österreichischen Gelehrten, hat sich der Juristentag über diese wichtige Frage erstatten lassen.

Der erste Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts zu Berlin, Magistratsrat v. **Schulz** gibt zunächst, gestützt auf das reiche Material des Berliner Gewerbegerichts, einen Ueberblick über die Weiterausbreitung, die die Tarifverträge in Deutschland zurzeit gewonnen haben. Das zweite Gutachten erstattete Dr. Waldemar Zimmermann von der Berliner Universität. Von den beiden österreichischen Gutachtern zu dieser Frage ist der erste Professor Dr. Rudolf Kobatsch, der Sekretär des Niederösterreichischen Gewerbevereins, einer liberalen Arbeitgebervereinigung in Wien. Umfassender ist das Gutachten des Advokaten Dr. Marcus Ettinger (Wien), der selbst wiederholt Tarifverträge vermittelt hat.

Der erste Referent zu diesem Thema, Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. **Junck** (Leipzig) trat unter Hinweis auf den **Buchdruckertarif** und dessen gute Wirksamkeit für die gesetzliche Regelung der Tarifverträge ein.

Das Korreferat zu dieser Frage hielt Privatdozent Dr. **Köppe** (Marburg). Er führte unter anderem aus: Die gesetzliche Regelung hat zur unbedingten Voraussetzung, einmal die Verleihung des wirklichen vollen Koalitionsrechts an die Berufsvereine gewerblicher Arbeitgeber und Arbeiter und sodann die gesetzliche Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit. Gegen Mißbräuche des Koalitionsrechtes soll das Gesetz natürlich reagieren, aber nicht im Wege eines Ausnahmegesetzes. Gleicher Schutz muß aber auch zuteil werden gegen Behinderung im Gebrauch des Koalitionsrechts, namentlich gegen Hinderung am Beitritt und Zwang zum Rücktritt, die bisher straflos ausgeübt werden dürfen. Ferner muß durch Aufhebung des § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung den Organisationen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Mitglieder zur Einhaltung der Tarifverträge rechtswirksam anzuhalten. Die Regelung des Tarifvertrages selbst darf keine öffentlich rechtliche Zwangsregelung sein, sondern die Schaffung eines privaten Arbeitsnormenrechtes auf dem Boden des privatrechtlichen Vertrages. Sie muß sich beschränken auf Beseitigung aller rechtlichen Hindernisse, die der Erreichung des Tarifvertragszweckes im Wege stehen. Dabei ist das bestehende Recht vorsichtig auszubauen, alle Kasuistik zu vermeiden und nur dem Grundgedanken klar und bündig Ausdruck zu geben. Leitender Gesichtspunkt muß überall die absolute Freiwilligkeit der im Tarif erstrebten Verständigung sein, die das Geheimnis seiner Kraft bildet. (Lebhafter Beifall.)

Beide Referenten legten gemeinsam folgende Resolution vor:

„Der Deutsche Juristentag empfiehlt: 1. wiederholt die Reform des gewerblichen Koalitionsrechts im Sinne des früheren Beschlusses (insbesondere Aufhebung der §§ 152,2 und 153 der Gewerbeordnung); 2. Beseitigung der Hindernisse, die nach bürgerlichem Recht dem Erwerb der Rechtsfähigkeit durch gewerbliche Berufsvereine entgegenstehen; 3. gesetzliche Regelung des Rechts der Arbeitstarifverträge, in der volle Freiheit der Abschließung und Durchführung der Verträge gewährt und die Möglichkeit eröffnet wird, die Verträge bei den Gewerbegerichten öffentlich zu registrieren und eine Frist gewährt wird, innerhalb der die Mitglieder beteiligter Berufsvereine durch Erklärung an die Registerstelle die Tarifvertragsgemeinschaft ablehnen können."

Am Nachmittag trat die erste Abteilung in die **Diskussion** über das Thema: „Gesetzliche Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrages (insbesondere des Tarifvertrages) zwischen Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden einerseits und Arbeiterverbänden andererseits" ein. Regierungsrat Bartels, stellvertretender Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, führte aus, daß die deutschen Großindustriellen sich **prinzipiell** gegen die Einführung der Tarifverträge ausgesprochen hätten, weil gewisse sozialpolitische Schwärmer übertriebene Anforderungen an die Tarifverträge gestellt hätten. Unter das Joch eines Tarifzwanges würden sich die Industriellen **niemals** beugen, dazu werde sich die deutsche Industrie zu keiner Zeit hingeben. (Man soll niemals „niemals" sagen. Es kommt manchmal ganz anders! Das werden auch die Großindustriellen einst begreifen lernen! Red.) Den maßvollen Leitsätzen der beiden Referenten könne er in gewissem Umfange zustimmen. In ähnlichem Sinne sprach Syndikus Dr. Schändler, der Leiter der Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände. Den Ausführungen dieser beiden Redner traten Justizrat Meschelsohn-